

Nr. 84. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 19. Februar 1873

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Herrenhauses. (18. Februar.)

11 Uhr. Am Ministerialen Graf Ibenplik, Leonhardt, Camphausen, Graf Königsmark.

Der Präsident heilt mit, daß die königliche Botschaft vom 14. Februar d. J. dem Hause zugegangen sei; dieselbe unterliege selbstverständlich nicht der Berathung und Beschlusssetzung; das Haus werde sich nur darüber zu entscheiden haben, ob es der Einladung der Botschaft folgen und zwei seiner Mitglieder in die nieverlegende Special-Unteruchungscommission deputieren wolle. Er schlage zu diesem Zwecke Schlussberathung für eine der nächsten Sitzungen vor. Graf zur Lippe sieht in dieser Ansicht des Präsidenten über die Bedeutung einer königl. Botschaft eine Einschränkung der Rechte des Herrenhauses; dasselbe habe sehr wohl die Befugnis, in der Debatte auch auf den materiellen Inhalt der Botschaft einzugehen. Der Präsident bestreitet das nicht, da ja selbstverständlich bei Berathung der von ihm näher präzisierten Frage ein Discussion des sachlichen Inhalts der Botschaft sich gar nicht werde umgehen lassen. Im Uebrigen habe sich kein Widerspruch gegen seinen Vorschlag erhoben und er ernenne zum Referenten für die Schlussberathung Herrn Hobrecht, zum Correferenten Herrn v. Teitau.

Es folgt der Bericht der Nararcommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Jagdrecht auf fremden Grund und Boden in den vormalen kurfürstlich hessischen und großherzoglich hessischen Landesteilen und in der Provinz Schleswig-Holstein. Die Commission beantragt, den § 2 — welcher nach der Fassung der Regierung den bisher Berechtigten Entzäidiung aus der Staatsfalle gewährt — dahin zu ändern, daß diese Entzäidiung von dem Besitzer des bisher belegten Grundstücks zu leisten sei.

An des längeren Debatte über diesen Antrag machen die Befürworter desselben (Graf Brühl, Graf Schulenburg-Bethendorf, von Kleist-Reichenbach) geltend, daß es staatsmännisch nicht weise sei, auf Kosten altherwähnter Rechtsgrundsätze Concessiones zu machen; wenn es auch schmerlich zu beklagen sei, daß die Staatsregierung 1848 im Zustande der Kriegslosigkeit in den alten Provinzen das bezügliche Jagdrecht ohne Entzäidiung aufgehoben habe, so sei es doch nicht geboten, auch jetzt noch in tiefstem Frieden und in voller Machtstärke der Regierung aus dem einmal begangenen Rechtsbruch Consequenzen zu ziehen. Die Gegner (Malmros, Baumgartl und der Finanzminister) führen dagegen aus, daß es absolut nothwendig sei, nach unzähligen Bitten und Beschwerden einen Gegenstand der allgemeinen Unzufriedenheit in den betreffenden Gegenden zu beseitigen, den man gegenüber dem Abgeordnetenhaus auf anderem Wege abzustellen nicht hoffen dürfe, daß außerdem eine zwangsläufige auferlegte Ablösung allen Rechtsgrundfazies widerspreche, daß endlich durch den vorliegenden Entwurf in Bezug auf die Jagd ein Zustand der Gleichheit geschaffen werden solle, der nothwendig sei, um baldigst an Stelle des jetzigen mangelhaften Jagdrollezen gesetzes ein besseres einführen zu können. Der Commissionsantrag wurde darauf abgelehnt und der Gesetzentwurf unverändert genehmigt.

Schließlich wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Änderung der Wegegehegebung in Hannover in Schlussberathung unverändert, die drei Vorlagen, betreffend das Grundbuchwesen in dem Jahrgabiet, in den hohenzollerschen Landen und in dem Bezirk des Justizsenats zu Ehrenbreitstein mit uneheblichen, rein formellen Änderungen angenommen.

Schluss 2 Uhr: nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Berathung über die geschäftliche Behandlung der fridlichen Gesetze und kleinere Gesetze).

45. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (18. Februar.)

11 Uhr. Am Ministerialen Graf Noot mit mehreren Commissarien.

Vom Finanzminister sind drei Gesetzentwürfe an das Präsidium des Hauses gelangt: 1) ein anderweiter Tarif zu dem Entwurf eines Gesetzes betr. die Wohnungsgeldverzölle für unmittelbare Staatsbeamte; 2) ein Nachtrags-Etat zum Staatshaushalt für 1873. Der letztere wird nicht erst einer ersten Berathung unterzogen werden, sondern sofort an die Budgetcommission verwiesen. Vom Abg. v. Schorlemers-Alst ist eine Interpellation angekündigt betreffend den Erlass eines Gesetzes wegen Verbilligung des Schwarzwaldes.

Das Haus schreitet nunmehr zur Wahl der beiden Mitglieder der königlichen Special-Unteruchungs-Commission und zwar in getrennen Wahlgängen. Von 302 abgegebenen Stimmenzetteln ist 1 unbeschrieben, wihin sind gültig 301 Stimmen, absolute Majorität 151. Von den 301 gültigen Stimmen erhält Abg. Lasker 196 (v. Wedell-Behlingsdorf 51, v. Mallinckrodt 49, der Rest zerplittet ist). Auf die Anfrage des Präsidenten erklärt der Abg. Lasker: Ich nehme die auf mich gefallene Wahl dankend an.

Bei der Wahl des zweiten Commissionsmitgliedes, in Bet्रeß dessen eine Verständigung zwischen den Fractionen im Vorraus nicht erreicht werden konnte, erhalten von 311 Stimmen der Abg. v. Kölle 120, Birchow 80, v. Mallinckrodt 60, v. Wedell-Behlingsdorf 49, Eßner von Gronow 2 St. Da von keinem der Gewählten die absolute Majorität (156) erreicht ist, so muß zur engeren Wahl gewählt werden, an der nach der Geschäftsaufteilung die fünf Candidaten Theil nehmen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in diesem Fall also sämtlich bei dem ersten Wahlgang Gewählt. Das Resultat der engeren Wahl ist folgendes: Es sind abgegeben 301 Stimmenzettel, darunter 2 ungültige, bleiben 299 gültige, absolute Majorität 150. Es erhalten v. Mallinckrodt 105, v. Kölle 104, Birchow 89, v. Wedell 1 Stimme. Es muß also noch einmal gewählt werden und zwar participiren an der nunmehrigen engeren Wahl nur v. Mallinckrodt und v. Kölle. Bei diesem letzten Wahlgange werden 298 Stimmenzettel abgegeben, darunter 15 unbeschriebene oder ungültige, bleiben 283 gültige, absolute Majorität 142; davon erhalten v. Kölle 175 und v. Mallinckrodt 108 Stimmen. Abgeordneter v. Kölle ist also gewählt. (Er ist zur Zeit für einige Tage beurlaubt, wird aber von der auf ihn gefallenen Wahl benachrichtigt werden.)

Das Haus setzt nunmehr die zweite Berathung des Staatshaushalts für 1873 fort: Etat des Staatsministeriums.

Asfernd Graf Limburg-Stirum: Mit Bezug auf den „Preußischen Staatsanzeiger“, jetzt „Deutschen Reichsanzeiger“, wurde im vorigen Jahre an die Regierung das Verlaufen gerichtet, mit dem Etat zugleich eine Übersicht der Einnahmen und Ausgaben für den „Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger“ beizulegen. In diesem Etat ist die Regierung dem Verlangen nachgekommen. Die Commission meinte nur, daß die bisherige Staatsaufstellung für den „Staatsanzeiger“, wonach nur der Buchdruck für denselben aus der Staatsfalle im Etat sichtbar ist, keine correcte sei, sondern daß die Einnahmen und Ausgaben für den „Staatsanzeiger“ selbstständig im Etat figurieren müssen, wie es immer geschehe, wenn es sich um eine Staatsverwaltung und Staatsbetriebsanstalt handelt. Dagegen macht die Regierung geltend, daß hierdurch die Rechte des Reiches gekränkelt würden, das an den Kosten zu dem „Reichsanzeiger“ mit $\frac{1}{2}$ beteiligt wäre. Die Commission erachtet aber diesen Einwand nicht für durchschlagsfähig und empfiehlt Ihnen, die Einnahmen und Ausgaben in der von ihr vorgebrachten Fassung mit dem Titel „Für den Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger“ zu bewilligen.

Der Antrag wird angenommen. Zu Titel I. der Ausgaben: Der Präsident des Staatsministeriums bemerkt der Referent: Wegen dieses Titels wurde der ganze Etat des Staatsministeriums neulich an die Budget-Commission zurückgewiesen. Von dieser ist die Frage, aus welchen Personen das Staatsministerium gegenwärtig besteht, erörtert worden. Diese Frage hat eine große praktische Wichtigkeit, weil auf Grund verfassungsmäßiger Bestimmungen das Staatsministerium als Körperschaft häufig wichtige Funktionen auszuüben berufen sei. Ich erinnere besonders an Art. 57 und 58 der Verfassung, das Gesetz vom 4. Juni 1851 über den Belagerungs-juststand und das Disciplinarrecht vom 21. Juni 1852. Die Regierung konnte in der Commission keine bestimmte Antwort ertheilen, und ich bin daher von der Commission beauftragt, hier die Frage an die Regierung zu wiederholen, aus welchen Personen das Staatsministerium jetzt besteht.

Ministerpräsident Graf Noot: Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach. Es gibt acht Ressortchefs und einen Ministerpräsidenten, welche die vom Vorredner bereiteten Funktionen auszuführen haben. Mitglieder des Ministeriums sind also 9 Personen. Als ich vor 13 Jahren in das Ministerium eintrat, bestand dasselbe aus 10 Personen: aus einem Ministerprä-

sidenten, aus 8 Ressortchefs und einem Minister ohne Portefeuille. Wir haben lange nur aus 8 Mitgliedern bestanden; gegenwärtig, nachdem Se. Majestät die Ihnen bekannten Veränderungen am 1. Januar dieses Jahres bat einzutreten lassen, besteht das Staatsministerium aus 9 Personen, die als Mitglieder desselben berufen sind die Functionen auszuüben, von denen der Berichterstatter sprach. Wenn außerdem noch zwei Personen existiren, welche den Titel „Staatsminister“ führen und auch das Recht haben, den Sitzungen des Staatsministeriums beizuwohnen, der Herr Chef der Admiralität und der Staatsminister Delbrück, der Präsident des Reichskanzleramts, so sind sie doch nicht Mitglieder des Staatsministeriums. Die Verordnung ist ja allgemein bekannt geworden, daß dem Herrn Reichskanzler gestattet ist, in gewissen Fällen durch den Präsidenten des Bundeskanzleramts, der als Staatsminister sitzt, aber keine Stimme im Staatsministerium hat, sein Votum abgeben zu lassen, in den Fällen, wo ihm das nothwendig erscheint und in denen er persönlich verhindert ist, den Berathungen des Staatsministeriums beizuwohnen. Das ist in der That meine ganze Wissenschaft über das Verhältniß, über welches hier Auskunft verlangt worden ist.

Die Position wird darauf bewilligt.

Den Titel XV: 31,000 Thaler als Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke beantragt Abg. Löwe zu streichen. Die Position wird jedoch, wie Probe und Gegenprobe ergibt, bewilligt. (Dagegen die Fortschrittspartei, daß Centrum und die Polen.)

Vom Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums restirt noch der an die Budgetcommission verwiesene Antrag v. Bendix's: die Staatsregierung beauftragt, die Budgecommission aufzufordern, die Pläne und Kostenberechnungen zum Neubau eines landwirtschaftlichen Lehrinstitutes und Museums in Berlin mit dem Antrage auf Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel dem Landtag mehr sebalde wie möglich vorlegen zu wollen.

Die Commission erläutert durch ihren Referenten v. Wedell-Malchow ihren Auftrag für erledigt, in Erwägung, daß der Antragsteller mit Rücksicht auf die von der Staatsregierung gegebenen Erklärungen seinen Antrag in der Commission nicht aufrecht erhalten und ihn auch im Plenum zurückzustellen in Aussicht gestellt hat.

Minister Graf v. Königsmark: Ich kann nur die Erklärungen, die ich in der Budgetcommission abgegeben habe, hier im Plenum bestätigen. Ich will nur hinzufügen, daß das Project, die Grundstücke der königlichen Eisengießerei für landwirtschaftliche Zwecke zu gewinnen, von mir verfolgt wird. Ich bin mit dem Staatsministerium in Verhandlungen getreten, die ich in nächster Zeit zum Abschluß zu bringen hoffe.

Der Abg. v. Bendix zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Es folgt die zweite Berathung eines Gesetzes-Entwurfs, betreffend die Aufhebung bzw. Ermäßigung gewisser Stempel-Abgaben. Zu § 1 liegen die Amendements der Abg. von Gerlach und Eberty vor, welche beide anstatt der Ermäßigung die Aufhebung der Stempel-Abgabe für Geburts-, Tauf-, Aufsebot-, Chor-, Trau-, Todten- und Beerdigungs-Scheine fordern.

Abg. v. Eberty: Die Stempel-Abgaben verfolgen uns von der Geburt bis zum Tode bei allen möglichen Gelegenheiten. Diese Abgaben sind viel lästiger als die der Stolz-Gebühren und eine Ermäßigung kann nichts bessern. Der Ausfall von 50,000 Thaler, welcher durch die Aufhebung entsteht, kann bei unserer jetzigen Finanzlage gar nicht in Betracht kommen. Ich würde deshalb, daß die Aufhebung vom Hause beschlossen wird.

Abg. v. Gerlach: Ich freue mich, daß auch auf jener (inken) Seite eine Aufhebung der lästigen Steuern gewünscht wird. Sie ist besonders drückend für die Armen und macht die Pfarrer beinahe zu Stempel-Controleuren. Das finanzielle Interesse scheint auch mit ziemlich unbedeutend. Geh. Ober-Finanzrat Burghart: Ich bedauere, dem letzten Redner nichts erwidern zu können, weil ich von seinen Ausführungen nicht das Mindeste verstehen konnte. Dem anderen Antragsteller will ich folgendes erwidern: Es scheint mir bedenklich, aus dem großen System der Stempelsteuern einen einzelnen Zweig herauszutrennen und zum Gegenstand einer vorläufigen Erledigung zu machen. Sie schaffen dadurch ein gefährliches Präjudiz, dessen Tragweite nicht übersehen werden kann, und auf welches die Regierung einzugehen bedenken mögt.

Abg. v. Gerlach: Die Stempel-Abgaben verfolgen uns von der Geburt bis zum Tode bei allen möglichen Gelegenheiten. Diese Abgaben sind viel lästiger als die der Stolz-Gebühren und eine Ermäßigung kann nichts bessern. Der Ausfall von 50,000 Thaler, welcher durch die Aufhebung entsteht, kann bei unserer jetzigen Finanzlage gar nicht in Betracht kommen. Ich würde deshalb, daß die Aufhebung vom Hause beschlossen wird.

Abg. v. Eberty: Die Stempel-Abgaben verfolgen uns von der Geburt bis zum Tode bei allen möglichen Gelegenheiten. Diese Abgaben sind viel lästiger als die der Stolz-Gebühren und eine Ermäßigung kann nichts bessern. Der Ausfall von 50,000 Thaler, welcher durch die Aufhebung entsteht, kann bei unserer jetzigen Finanzlage gar nicht in Betracht kommen. Ich würde deshalb, daß die Aufhebung vom Hause beschlossen wird.

Abg. v. Gerlach: Ich freue mich, daß auch auf jener (inken) Seite eine Aufhebung der lästigen Steuern gewünscht wird. Sie ist besonders drückend für die Armen und macht die Pfarrer beinahe zu Stempel-Controleuren. Das finanzielle Interesse scheint auch mit ziemlich unbedeutend.

Geh. Ober-Finanzrat Burghart: Ich will nur anführen, daß eine Ermäßigung von vielen Seiten gewünscht, hauptsächlich von den kleinen Leuten, wie sie der Vorredner nannte. Wenn es in den Motiven des Amendements v. Gerlach steht, man muß den Pfarrern zu, Stempel-Controleuren zu sein, so muß ich dem entchieden widerstreiten. Man erwartet nur von ihnen so zu sagen die Generosität, daß sie für ihre Gemeinde Stempelmarken im Vorraus halten, um den Bedürftigen unnötige Mühe zu ersparen. Solange sie ständig im Auftrage des Staates die Geburts-, Tauf-, Sterbe-Register führen, finde ich keine Verantwortlichkeit ihrer Würde darin, wenn sie diese Abgabe, die an den Staat zu entrichten ist, einziehen.

Hiermit wird die Discussion geschlossen und das Amendement ist der Abg. Eberty und v. Gerlach mit großer Majorität angenommen.

Zu § 2: Aufgehoben werden die Stempelabgaben von: 1) Gesuchen, Beischwerdeschriften, Bittschriften, Eingaben, Vorstellungen); 2) Bescheiden auf Gesuche, Anfragen in Privatangelegenheiten, sie mögen in Form eines Autographen, einer Verfassung, Decretalschrift oder eines auf die juridgebende Urkunde selbst gelegten Decretals erlassen werden; 3) Protokollen mit Ausnahme der Auktions-, Notariats-, Recognitions- und derjenigen Protokolle, welche an die Stelle einer nach andrerweiter Bestimmung der Stempelarie steuerpflichtigen Verhandlung treten; 4) Requisitionen;

5) Decharden; 6) Quittungen über alle Pensionen, Erziehungsgelder und orlaufende Unterstützungen, welche an Beamte, Wittwen oder Witzen, insgleichen über Taggelder, welche an Beamte oder andere in dienstlichen Angelegenheiten beschäftigte Personen aus öffentlichen Kassen gezahlt werden; 7) Abschieden (Dienstentlassungen); 8) Urlaubsbertheilungen; 9) Kundwesen, welche von Büchsen und Gewerbs-Corporationen den Gesellen und Gehilfen ertheilt werden; 10) Lehrlizenzen.

Zu § 2: Aufgehoben werden die Stempelabgaben von: 1) Gesuchen, Beischwerdeschriften, Bittschriften, Eingaben, Vorstellungen); 2) Bescheiden auf Gesuche, Anfragen in Privatangelegenheiten, sie mögen in Form eines Autographen, einer Verfassung, Decretalschrift oder eines auf die juridgebende Urkunde selbst gelegten Decretals erlassen werden; 3) Protokollen mit Ausnahme der Auktions-, Notariats-, Recognitions- und derjenigen Protokolle, welche an die Stelle einer nach andrerweiter Bestimmung der Stempelarie steuerpflichtigen Verhandlung treten; 4) Requisitionen;

5) Decharden; 6) Quittungen über alle Pensionen, Erziehungsgelder und orlaufende Unterstützungen, welche an Beamte, Wittwen oder Witzen, insgleichen über Taggelder, welche an Beamte oder andere in dienstlichen Angelegenheiten beschäftigte Personen aus öffentlichen Kassen gezahlt werden; 7) Abschieden (Dienstentlassungen); 8) Urlaubsbertheilungen; 9) Kundwesen, welche von Büchsen und Gewerbs-Corporationen den Gesellen und Gehilfen ertheilt werden; 10) Lehrlizenzen.

Insofern jedoch die unter 1 bis 4 bezeichneten Gegenstände: a) in der Provinz Hannover bei gerichtlichen Behörden in anderen als Justizverwaltungs-Sachen vorkommen, oder der Besteuerung nach den Bestimmungen des Stempel-Gesetzes vom 30. Januar 1859 unterliegen; b) im Bezirk des Appellations-Gerichts zu Köln bei gerichtlichen Behörden in anderen als Justizverwaltungs-Sachen vorkommen, beweist es hinsichtlich der Besteuerung derselben bei den bisherigen Vorschriften, liegen folgende

Vom Abg. Baehr (Kassel): „in § 2 Nr. 6 hinter dem Worte „Quittungen“ den weiteren Zusatz „über alle Pensionen“ u. s. w. bis zum Schlus zu streichen.“ Vom Abg. Bahmann: „im § 2 zwischen Nr. 5 und 6 einzufügen: „5a. Beglaubigungen nach § 33 der Grundbuch-Ordnung vom 5. Mai 1872.“ Vom Abg. Roscher und Lauenstein: 1) im Eingange des Gesetzes die Worte: „und des Jahdegebietes“ zu streichen; 2) im § 2 (am Ende) die Ausnahmesbestimmung sub lit. a. so zu fassen: „a. in der Provinz Hannover bei gerichtlichen Behörden über Beamten vorkommen und noch gegenwärtig der Besteuerung nach den Bestimmungen des Stempel-Gesetzes vom 30. Januar 1859 unterliegen.“

Abg. Lauenstein: Durch die in der Dictaturperiode erlassenen Verordnungen sind die Stempelabgaben von Wechslen, Urkunden, Zeitungen, Kalender und Co. hinausgefallen der altdänischen Gesetzgebung geregt; daneben blieben aber die Vorschriften des hannoverschen Stempel-Gesetzes vom Jahre 1859 noch in erheblicher Ausdehnung in Kraft, genauso in Bezug auf gerichtliche Verhandlungen, in welchen das Ver-

fahren durch die hannoversche Procedordnung von 1850 geregelt war; dazu in Bezug auf Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Die Befreiung dieser Acte vom Stempel war eine Ausgleichung für die höheren Gerichtskosten, jetzt will die Regierung die Befreiung nur für Justiz- und Verwaltungs-Sachen, dagegen nicht für die Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit eintreten lassen. Es kommen hierbei in Betracht, Gesuche, Besuchs-, Protokolle und Requisitionen. Dies würde ein Prägrationat der Provinz Hannover sein. Es ist in den Motiven des Gesetzes von 1869 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß zwischen den Notarien und Gerichten völlig freie Concurrenz bestehen soll. Danach ist auch die Gleichstellung der Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, mögen sie nun von Gerichten oder Notaren ausgehen, notwendig. Nach dem Vorschlag der Regierung jedoch würde hinsichtlich der Notare eine Ungleichheit eintreten, weil für ihre Acte und Verhandlungen Stempelsteuer geahnt werden müßte. Diese Ungleichheit langt nach hannoverschen Rechten nicht zugelassen werden. Wir bitten Sie deshalb unter Ablenkung annehmen.

Abg. Bahlmann: Während nach der Entscheidung des Justizministeriums Beglaubigungen nach § 33 der Grundbuch-Ordnung, soweit sie ein stempelpflichtiges Object voraussetzen, auch stempelpflichtig sind, so herrscht doch tatsächlich eine abweichende Praxis, indem die Gerichte meines Werks einen solchen Stempel nicht erheben. Indem ich nun die Annahme meines Amendements empfehle, beabsichtige ich erstlich die obige Controverse und zweitens die Untertheile aus der Welt zu sch

Beuß'schen Reaktionperiode, her. — Das orthodoxe Kirchenblatt „Der Pilger aus Sachsen“ warnt vor dem Einfluss der Liberalen, und unter den landwirtschaftlichen Vereinen des Königreiches ist eine Bittschrift um Veröffentlichung des Volkschulgesetzes im Umlauf. Dieselbe wird denn auch nicht lange mehr auf sich warten lassen, kann doch die Regierung sagen, daß an 2500 Lehrer, die Hälfte aller Lehrer im Lande, Verlongen darnach tragen. Die Sozialdemokraten, welche anfänglich die Dankdagung des Leipziger Lehrervereins an die zweite Kammer wegen deren Ablehnung des Gesetzes mit unterschreiben wollten, haben sich jetzt eines andern besonnen, da sie dieser Kammer keine Huldigung bringen wollen. — Gestern wäre es beinahe in unserem breiteren Hoftheater zu einem großen Brandungsklack gekommen, da in der Vorstellung des „Aischenboden“ das Kleid eines Kindes Feuer gesangen hatte und das Publikum sich schon nach den Ausgängen drängte, um sich aus dem feuergefährlichen Gebäude zu retten. Daß an dem steinernen Hoftheater nun schon im vierten Jahre gebaut wird, ohne daß an eine Vollendung für die nächsten Jahre gedacht werden kann, erregt allgemeine Missbilligung.

Dresden, 18. Februar. [Das Geschworenen-Institut.] Im Anschluß an die vor Kurzem in der zweiten Kammer seitens des Abg. Biedermaier gestellte Interpellation, hat der Abg. Schaffraß einen Antrag auf Beibehaltung des Geschworenen-Instituts in der neuen deutschen Strafprozeßordnung und der Abg. Biedermaier einen Antrag auf Ausbildung des Reichs-Oberhandelsgerichts zu einer allgemeineren Rechtsinstitution nach Maßgabe der fortwährenden Einheit der deutschen Rechtsgesetzgebung eingebracht. Die auf der heutigen Tagesordnung stehende Verhandlung über die Interpellation des Abg. Klemm wegen des Schulgesetzes wurde wegen Abwesenheit des Interpellanten vertagt.

Stuttgart, 18. Februar. [Die Königin-Mutter.] Dem heutigen Morgen über das Besinden der Königin-Mutter ausgegebenen Bulletin zufolge ist am gestrigen Tage und während der vergangenen Nacht keine Besserung eingetreten; die nervösen Erscheinungen haben vielmehr unter Affecton des Gehirns zugewonnen.

Strasburg, 18. Februar. [Graf Beust] hat hier übernachtet und ist mit dem Frühzug über Paris nach London weitergereist.

Metz, 16. Februar. [Der Diamanten-Diebstahl vor dem Zuchtpolizeigericht.] — Zwei entflohene Verbrecher. — Das Strasburger Comité zur Erziehung elsässischer Kinder in Frankreich. — Die Kriegsentschädigungs-Kommission in Metz. — Zur Steuererhebung in den Reichslanden. — Ihre Leser erinnern sich vielleicht noch des Diamanten-Diebstahls, der im Oktober vergangenen Jahres in Metz von einem gewissen Lewin ausgeübt wurde. Letzterer hatte damals auf eine sehr schlaue Weise einer Goldwarenhändlerin der Rue Fabert Diamanten und andere Wertsachen abgeschwindelt, war darauf geflohen, wurde aber später in Brüssel verhaftet. In der gestrigen Sitzung des hiesigen Zuchtpolizeigerichts kam diese Sache zur Verhandlung. Der Angeklagte, dessen Vertheidigung der Advocat v. Kalenberg übernommen hatte, wurde von dem Gerichtshofe, der in allen Theilen auf den Antrag der Staatsanwaltschaft einging, zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre und zu einer Geldbuße von 300 Thlr. entst. noch 3 Monate Gefängnis verurtheilt.

Gestern Vormittag sind aus dem Vorsaale des hiesigen Palais de Justice zwei bei einem Kirchenbruch in Gorze betheiligte Diebe, ehemalige Mitglieder der Pariser Commune, durch das Fenster entsprungen, während der sie beaufsichtigende Gressier sich für einen Augenblick entfernt hatte. Das Interessante an dem Vorgange ist, daß die beiden Verbrecher vermittelst einer eisernen Schleusmaschine aneinander gefesselt waren, welcher Umstand ihr Entkommen außerordentlich erschweren mußte. Bis jetzt sind dieselben noch nicht entdeckt, sie werden wohl aber ihrem Schicksal um so weniger entgehen, als der eiserne Knoten, der sie verbindet, nur durch einen Schmied oder Schlosser gelöst werden kann. — Das Tagesgespräch in Metz bildet die durch die Polizeibehörden in Strasburg gemachte Entdeckung eines dortigen Comtes, welches mit dem bekannten Marquis von Gouvello in Paris in Verbindung steht und den Zweck verfolgt, elsässische Kinder zu ihrer Erziehung nach Paris zu bringen. Wie die „Strass. Blg.“ wissen will, sind sehr bekannte Namen bei der Affaire betheiligt. Auf jeden Fall geben solche Vorkommnisse Einem recht Viel zu denken. — Laut amtlicher Bekanntmachung hat die in Metz eingesetzte Kriegsentschädigungscommission für diesenjenigen Ausländer, welche für Mobillarkriegsverlust Entschädigung beansprucht haben, eine Præclausurist bis zum 1. April d. J. bestimmt, um den Nachweis beizubringen, daß die Regierung ihres Heimatlandes für den gleichen Fall die Gegenseitigkeit zusagt. — Unter den Klagen der hiesigen in französischer Sprache erscheinenden Blätter stehen neuerdings diesejenigen über die unter der deutschen Verwaltung eingetretene Steuererhöhung und die rigorose Art der Steuererhebung oben an. Daß die Steuererhöhung insoweit vom der Regierung decreirt, sondern lediglich durch die veränderten Verhältnisse (Abnahme der Einwohnerzahl, Steigerung der Gemeinde-Bedürfnisse u. s. w.) bedingt ist, habe ich in einem früheren Briefe nachzuweisen gesucht. Was aber den Modus der Beitreibung der Steuern anlangt, so wurden in französischer Zeit die rückständigen Steuerschuldner allerdings öfter, als gegenwärtig, an die Zahlung erinnert, bevor man die eigentliche Exekution einleitete; während aber dort zwischen der Pfändung und dem Verkauf nur eine Zeit von 8 Tagen dazwischen zu liegen brachte, ist Seitens der deutschen Verwaltung dieser Zeitraum auf mindestens 14 Tage fixirt worden. Uebrigens sind die Mahnzettel, die vor der Exekution den Betreffenden eingehändigt werden, in der höchsten Weise abgefakt.

Deutschland, 18. Februar. [Parlamentarisches.] Nach Vorlegung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes nahm im Herrenhause heute die Berathung über die Straf-Prozeß-Ordnung ihren Anfang. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde von der Regierung eine Vorlage betreffs Bewilligung eines nachträglichen Credits zur Befestigung des Rothstandes in Gas-
teten eingebracht. An beide Häuser des Reichsraths erging die Aufsicht der Regierung, die Wahlen für die Delegationen vorzunehmen, deren Zusammentreten für den 3. April d. J. in Aussicht genommen ist.

Bern, 16. Februar. [Attentat.] So eben, schreibt man der „A. Z.“, war Bern der Schauplatz eines Nachspiels zur Retschajew-Affäre. Ein offenbar expreß zu diesem Zwecke aus Zürich nach Bern gelommener Pole, ein Combiotropf Name Stempowski, der polnisch-social-democraticischen Partei angehörig, hat gestern Nachmittag um 3 Uhr, also am hellenlichten Tage, auf den Polen Stempowski, welcher bekanntlich von einem Theile seiner Landsleute als der Berrather Retschajew angestellt wird, welche Ueberall neuerdings von der „Zürcher Presse“ auch gegen den zürcher Arbeiter-Agitalor „Bürgen Greulich“ erhoben wurde, in dessen Wohnung drei Revolverschüsse abgefeuert und einen vierten sogar auf die Gattin des Stempowskis, welche den Fanalier um Schonung des Lebens ihres Mannes anflehte. Der Attentäter konnte vorläufig entkommen; jedenfalls wird aber die Polizei seiner noch habhaft werden. Stempowski, der ein sehr talenderlicher Polizist-Maler sei soll, wohnt seit letztem Herbst in Bern, Zürich hatte er missseiner Familie — er ist verheirathet, wie bereits bemerkt, und Vater

einer Kinder — wegen Verfolgung verlassen, welche er schon dort zu erleben hatte.

Italien.

Rom, 12. Febr. [Die Vorgänge in Spanien.] Die Nachrichten, welche der Telegraph gestern aus Spanien über Almadaus Abdankung brachte, sind um so überraschender gewesen, als die letzten bisher gelangten Depeschen eher eine Festigung der dortigen Regierung annehmen ließen. Man murmelte freilich schon im Laufe der vergangenen Woche davon, daß wichtige telegraphische Nachrichten dem Publikum vorerhalten worden seien, welchen Inhalts dieselben aber gewesen, konnte um so weniger herausgefunden werden, als in Folge der Unruhen in den spanischen Provinzen die eigentliche Postverbindung sehr unregelmäßig und oft Tage lang ganz unterbrochen war. So meldeten denn die letzten offiziellen Depeschen neue Vortheile der königlichen Truppen über die Insurgenten, versicherten, daß im übrigen Spanien die größte Ruhe herrsche, und berichteten noch vor wenigen Tagen von dem Vertrauensvotum, welches der Kongress einstimmig dem Ministerium Zorrilla ertheilt hatte. Die Thatache der Abdankung des Königs, ohne Commentar bisher bekannt gegeben, hat nicht in plötzlich eingetretene Umwandlungen der öffentlichen Verhältnisse ihren Grund; die Veranlassung dazu kann vielmehr nur in der festen Überzeugung des jungen Königs liegen, dort eine Strophusarbeit zu thun, die des Schweizes nicht werth ist. Das Ministerium, welches ihm einst die Krone entgegenbrachte, hat als letzten Act die Entschließung des Königs den Cortes verkündigt. Beide, König und Ministerium, fallen mit dem Bewußtsein, daß sie ihre Schuldigkeit gehabt, daß sie aber ein Werk in die Hand genommen hatten, welches ihre Kräfte überstieg und welches in der spanischen Nation eine Beständigkeit, Festigkeit und Klarheit über ihre eigenen Ziele voraussetzte, die nicht vorhanden gewesen sind. Das sind im Allgemeinen die Gesichtspunkte, von denen aus die Abdankung Almadaus von gemäßigten Parteien in Italien betrachtet wird; persönlich hat man diesem Mitgliede des savoyischen Könighauses stets große Sympathie entgegengetragen, und „der Herzog von Asturias wird“, wie noch eines der heutigen Abendblätter sagt, „nach seiner Rückkehr ins Vaterland viel glücklicher und größer sein in der Liebe seiner Mitbürger und in der Achtung jedes rechtschaffenen Mannes“. Ganz verschieden davon ist, wie nicht anders zu erwarten war, die Sprache der Radikalen auf der rechten und auf der linken Seite. Die clericalen Blätter „Observatore“ und „Voce della Verità“ triumphiren darüber, daß dem verhafteten savoyischen Könighause dieser Schlag zu zu Thut geworden ist; sie können es sich nicht versagen, das Beispiel der Errichtung des meritanischen Kaiserthrons als congruent heranzuziehen, obwohl die Verhältnisse doch grundverschieden sind; und aus der Thatache, daß nicht blos Maximilian, sondern nicht lange nachher auch Napoleon III. gefallen ist, die Nützanwendung zu ziehen, daß nun auch binnen kurzem die letzte Stunde der savoyischen Dynastie schlagen werde. Ganz zu derselben Analogie kommt die radicale Linke, die aber hohnlächelnd den Clericalen vorhält, daß sie in Spanien mit allen ihren Wählerkreisen doch nur der Republik in die Armee gearbeitet hätten. Unterdeß ist begreiflicher Weise die ganze Regierung- und Hofpartei durch die Nachrichten aus Spanien in groÙe Aufruhr verzeugt worden. Auch für sie ist die Abdankung gerade in diesem Augenblick nicht wenig überraschend. Der König befand sich gar nicht hier, sondern in Neapel; das Ministerium soll sofort telegraphisch bei ihm angefragt haben, ob er befiehlt, daß es sich in corpore zu ihm versüge, um eine Berathung abzuhalten, oder ob er gleich nach Rom zurückkehren wolle. Er wählt das letztere und wurde heute hier erwartet. Zu gleicher Zeit beschloß der Ministerialrat unter Lanza's Vorst. ohne Verzug ein Kriegsschiff zu Amadeus' Verfügung nach Spanien zu senden. Dasselbe ist gestern Abend noch von Neapel aus nach Cadiz in See gegangen. Die äußerste Linke hofft, daß sich ein Rückslag der Ereignisse in Spanien auch hier fühlbar machen werde, und zwar in der Weise, daß Lanza, der schlechte Rathgeber, der allein daran schuld sei, daß Amadeo die spanische Krone angenommen habe, sich endlich gezwungen sehen werde, seine Entlassung einzureichen. Sie hofft ferner, daß diese Ereignisse einen doppelten „heilsamen Einfluß“ auf die italienische innere Politik ausüben, und zwar sie einerseits zu einem entschiedenen Vorzeichen der Curie gegenüber, insbesondere in der Frage der religiösen Orden, treiben, andererseits aber auch zu einer „wahrhaft liberalen Regierung“ den Anlaß geben würden.

[Zur Copernikusfeier.] Das Comité für die Copernikusfeier in Thorn hatte Ende Januar durch eine lateinische Zuschrift Rector und Senat der hiesigen Universität aufgefordert, bei der am 18. und 19. Februar dort stattfindenden vierten Säcularfeier des Geburtstages des großen Astronomen sich durch einen Delegierten vertreten zu lassen. Das Comité hatte dabei noch besonders hervorgehoben, daß es sich darum handle, das Andenken eines Mannes zu feiern, der einst an der römischen Universität gelehrt habe. Der Rector Seraphini hat die Einladung dem Senat vorgelegt, und es ist beschlossen worden, den Professor Octoni zur Feier zu entsenden; derselbe wird zugleich die Universität Padua vertreten.

[Die Artikel der „Capitale“ über das Leben Jesu.] Für die am gestrigen Tage eröffnete zweite Schwurgerichtsperiode für 1873 ist der Gerichtshof aus dem Vorsitzenden Herrn Kreisgerichts-Director Molle und den Beisitzern Herren Stadtgerichtsräthen Fuß, Gaede, Deßmann und Gerichts-Assessor Dr. Straßl zuständiggestellt. Als Vertreter der Staats-Anwaltschaft war in der Eröffnungseristung Herr Staatsanwalt Heder, als Vertreter der Justiz Salzmann erschienen. Die erste Verhandlung befaßt eine Anklage wegen wiederholter vorsätzlicher Brandstiftung, gerichtet gegen den Dienststaat Heinrich Nulle aus Canti.

Der Angeklagte, bei welchem das Brandstift zu einer Art unerklärlicher Monomanie geworden zu sein scheint, war zunächst geständig, der Urheber eines in der Nacht vom 3. zum 4. November 1872 im Garten der Bauerswitte Elisabeth Baier zu Polanitz stattgehabten Brandes gewesen zu sein, bei welchem der dafelbst befindliche Strohschöber im Werthe von 50 Thlr. total vernichtet wurde. Er hatte in jener Nacht an neuem Strohschöber geschlagen und dann aus purem Übermut mit einem brennenden Streichholz den Schober in Brand gestellt. Zu jener Zeit stand der v. Nulle bei dem Kohlenhändler Bergmann zu Canti in Diensten, welchem sonderbarer Weise am 21. desselben Monats ebenfalls ein auf dem Platz hinter der Gerberei ausgestellter Strohschöber durch Brandstiftung vernichtet wurde. Der Verdacht der Thätigkeit lehnte sich auf den v. Nulle, welcher kurz vor Entstehung des Brandes in der Nähe des Schober gesessen worden war, und wurde durch das Ergebnis der angeführten Untersuchung fast zu vollständiger Gewißheit, denn der Bezichtigte stellte die ihm vorgehaltene Unwesenheit am Orte der That gar nicht in Abrede, sondern gab sogar zu, daß er durch Unvorsichtigkeit den Brand verübt habe. Er behauptete nämlich, daß er rauchend am Schober eingeschlafen sei, und daß ein noch glimmender Zigarettenstummel, welcher seiner Hand entfallen und auf ein her-

vorgezogenes Band Stroh gefallen sei, das Stroh in Brand gesetzt habe. Als er die Entstehung des Brandes bemerkte, habe er sich alle nur erdenkliche Mühe gegeben, um desselben zu ersticken, doch sei bei dem herrschenden und lebhaften Zugwinde jegliche Anstrengung vergebens gewesen. Bei dieser Ablehnung eines jeden verbrecherischen Vorweses beharrte der Angeklagte sowohl während der Voruntersuchung als auch in der mündlichen Verhandlung, ohne indessen mit seinem Zeugen den gewünschten Erfolg zu erzielen. Denn der Kohlenhändler Bergmann, welcher beiläufig durch den Brand einen Schaden von 150 Thlr. erlitten hatte, bekundete eidlich mit aller Bestimmtheit, daß das Stroh zu jener Zeit in so hohem Grade feucht gewesen und daß es durch eine glimmende Zigarette unmöglich hätte in Brand gerathen können. Außerdem aber belastete den Angeklagten auch sehr erheblich die Aussage des Arbeiters Knorn, zu welchem er bei Gelegenheit des ersterwähnten Brandes bei Ww. Baier am Feuer stehend gekauert hatte: „So wird es unsern Herrn (dem Bergmann) auch noch einmal geben, denn der hat nicht viel Freunde.“ Die Geschworenen erklärten den Angeklagten der vorsätzlichen Inbrandstiftung eines ihm nicht gehörigen Strohschöbers (§ 308 des Strafgesetzbuchs) für schuldig, worauf nach dem Antrage des Staatsanwalts eine anderthalbjährige Zuchthausstrafe über den Angeklagten verhängt wurde.

Die demnächst zur Verhandlung gelangenden beiden Anklagen betreffen Diebstähle, welche ein besonderes Interesse nicht darboten.

— d. — Breslau, 14. Febr. [Verein schlesischer Gastwirthe in Breslau.] In der letzten Monatsverzählung wurde nach Entgegnahme des Kassenberichtes u. d. beschlossen, das Vereinsbüro einem schon bestehenden Vermögens-Comptoir, welches sich selbstverständlich der Oberaufsicht des Vereinsvorstandes zu unterziehen hat, zu übertragen. Der fertig beschlossene Vereinsball hat ber. als am 14. d. Mts. im Hotel de Silesie in glänzender Weise stattgefunden. — Ein für die Gastwirthe und auch für das größere Publikum äußerst wichtiges Project, das schon in mehreren Versammlungen Gegenstand der eingehenden Beratung gewesen, ist nunmehr seiner Verwirklichung nahe gerückt. Es ist nämlich schon seit längerer Zeit vom Vereine bearbeitet worden, ein Eishaus und zwar auf Actien zu gründen, zu welchen Zweck eine Commission gewählt worden war, welche die nötigen vorbereitenden Schritte zu thun hatte. Von den vielen eingegangenen Grundstück-Öfferten hat die Comm. von sich einstimmig für einen wegen seiner günstigen Lage in nächster Nähe der Stadt, von der Orlauer Chaussee einerseits und dem Ohlesfluh andererseits begrenzten umfangreichen Bauplatz entschieden, welcher auch nach Zustimmung des Vereins läufig erworben worden ist. Am 11. Februar hat nunmehr die notarielle Constitution der Gesellschaft unter der Firma „Breslauer Eiswirthe, Actien-Gesellschaft“ stattgefunden. Das Actien-Capital, vorläufig auf 30.000 Thlr. festgesetzt, von denen bereits 10 Prozent mit 3000 Thlr. für die Gesellschaft bei dem Schlesischen Bank-Vereine zu Breslau eingezahlt sind, ist von einem Comite übernommen worden, welches Actien à 100 Thlr. an die Vereinsmitglieder weiter begiebt. Das Grundcapital kann jedoch nach Besluß des Aufsichtsrates bis auf 60.000 Thlr. erhöht werden. Nach § 2 des Statuts ist der Zweck der Gesellschaft „Eissäle-Räume herzustellen und dieselben für eigene Rechnung oder durch Verpachtung zu nutzen und zu verwerthen, former Eis zu beschaffen und Handel mit Eis zu betreiben. Die Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrath und die Generalversammlung. In den Vorstand, welcher zunächst nur aus einem Mitgliede bestehen soll, ist Herr Comund Astel gewählt worden, in den Aufsichtsrath die Herren: Gustav Knopke (Vorsitzender), Stephan Gabauer (stellvertretender Vorsitzender), Adolph Lebie und Jacob Schmidt.

m. Sprottau, 17. Februar. [Verschiedenes.] Der geschäftsführende Aufsichtsrat für die projectierte „Neusalz-Sprottauer Eisenbahn“ hat die bereits vom Handelsminister genehmigten Vorarbeiten der Eisenbahnbau-Gesellschaft Pleßner in Berlin übertragen, welche die betreffenden Arbeiten in Kürze in Angriff nehmen wird. — In der hiesigen Kallert'schen Cigarrenfabrik entstand in der verlorenen Nacht Feuer, das gegen die Morgenstunden noch rechtzeitig entdeckt und bald gelöscht wurde. Der verursachte Schaden ist glücklicherweise kein bedeutender. — Die hiesige Städtische Sparkasse hatte im Jahre 1872 eine Einnahme von 97,792 Thlr. festgesetzt, von denen bereits 10 Prozent mit 3000 Thlr. für die Gesellschaft bei dem Schlesischen Bank-Vereine zu Breslau eingezahlt sind, ist von einem Comite übernommen worden, welches Actien à 100 Thlr. an die Vereinsmitglieder weiter begiebt. Das Grundcapital kann jedoch nach Besluß des Aufsichtsrates bis auf 60.000 Thlr. erhöht werden. Nach § 2 des Statuts ist der Zweck der Gesellschaft „Eissäle-Räume herzustellen und dieselben für eigene Rechnung oder durch Verpachtung zu nutzen und zu verwerthen, former Eis zu beschaffen und Handel mit Eis zu betreiben. Die Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrath und die Generalversammlung. In den Vorstand, welcher zunächst nur aus einem Mitgliede bestehen soll, ist Herr Comund Astel gewählt worden, in den Aufsichtsrath die Herren: Gustav Knopke (Vorsitzender), Stephan Gabauer (stellvertretender Vorsitzender), Adolph Lebie und Jacob Schmidt.

J. P. Aus dem Niederschengebirge, 14. Februar. [Ein neues Project.] Vor einigen Wochen teilte ich Ihnen mit, daß der Fabrikbesitzer Camphausen aus Zittau das im Badenthal zu Ober-Petersdorf gelegene Gasthaus „um Kochefall“ (ehemalige Bitriolwerk) nebst Ländereien gekauft habe. Heut freut es mich, mittheilen zu können, daß derselbe zunächst eine komfortable Garirung des Innern der Gebäude zur Aufnahme von Reisenden und Erholungsgästen, die möglichste Verschönerung der Umgebung, sowie die Anlage einer Bade-Anstalt angeordnet hat. Letztere wird also endlich einem in der dortigen Gegend höchst fühlbar gewordenen Bedürfnis abhelfen. In Erwartung einer solchen Anstalt hat ja sogar Friedrich-Wilhelm III. im Jahre 1801 auf seiner Wanderung zum Kochefall unsern davon im Baden selbst baden müssen. Eine im Steinbett des Flusses ausgewählte, wunderschöne Bertiung, in welcher dies geschehen, wird deutlich als „Königsbad“ gezeigt. — Sodann beabsichtigt Herr Camphausen, auf seinem Grundstück eine Kaltwasser-Heilanstalt einzurichten. Und in der That dürfte sich keine Stelle in unserem Gebirge zu einer solchen allseitig und schon längst für nothwendig erachteten Anlage besser eignen, als die in Rede stehende. Wie das ganze Badenthal das romantisch-schönste der Thäler auf der Nordseite des Niederschengebirges genannt wird, kann wiederum die Gegenw. des Bitriolwerkes als des Thales interessanter Punkte bezeichnet werden, der mit seiner näheren und entfernteren Umgebung jedem Naturfreunde die lieblichsten und großartigsten Genüsse verschafft. Doppelt freut es uns daher, daß Herr Camphausen die zum Grundstück gehörigen Wasserkräfte nicht zur Anlage von Holzstofffabriken ausbeuten, sondern vorläufig ganz unbenutzt lassen will, um nicht die nächste Umgebung des Bitriolwerkes ihrer romantischen Schönheit und damit der projectirten Heilanstalt nicht eine der Hauptbedingungen ihrer vereinstigten Errichtung zu berauben, zumal alle übrigen Erfordernisse bezüglich der Lage und des Wassers vorhanden. Währnd nämlich die Bergwände Schatten und Schutz bieten und die Ausdüstung ihrer Nadelhölzer wohlbthwend auf Lunge und Poren wirkt, ist die Lage des Bitriolwerks (1846 J. d. M.) doch ziemlich frei und sowohl den wärmeren Sonnenstrahlen, als auch den atmosphärischen Strömungen zugänglich. Die Luft ist daher auch stets rein, exquisit, gesund und kräftig; selten neblig oder schwär. Wasser von bester Beschaffenheit, flüssig wie Brunnenwasser, letzteres ganz besonders durch Reinheit, Frische und angenehmen Geschmack sich auszeichnend, ist genügend vorhanden. Es fehlt also nur ein Vincenz Prienitz oder Niedenfels zur Leitung, das Uebrige zu einer segensreichen Anstalt würde sich alsdann schon finden. Die bereits vorhandenen Gebäude lassen sich leicht einrichten, außerdem aber will Herr Camphausen an der Thaufer entlang noch einige schöne Villen zur Aufnahme von Gästen erbauen, so daß eine förmliche Gesundheits-Colonie dort entstehen dürfte. An Turgästen würde es sicher niemals fehlen. Wir wünschen nur, daß Herr Camphausen den vorstehenden Plan zum Nutzen der leidenden Menschheit recht bald ausführen möge.

— G. Hirschberg, 17. Februar. [Schlittenbahn-Woche — Höhner-Schlitten-Partien.] Die „Schlittenbahn-Woche“ ist dahin und mit ihr die Bedingung, die sie herbeiführte — der Schnee. Wohl präsentiert sich noch das Thal in weitem Gewande; die Straßen aber sind im Laufe des heutigen Tages immer schwächer geworden und bieten höchstens nur eine düstlige Masse als Untergrund, auf welchem die letzten Schlitten-Spanne sich retten. „Wie gewonnen, so zerronnen“, gilt von der diesmaligen Erscheinung in einer Weise ausgeruht worden, daß man sagen kann, wer überhaupt Schlitten fahren will, ist in diesen „acht Tagen“ gefahren. — Überhaupt von dem Schidial der Auflösung sind bis jetzt noch die Bahnen für die Höhner-Schlitten-Partien geboten; ja man kann sagen, daß die Annahmlichkeit derselben bei der milten Temperatur erst recht vorherrscht. Reglest Leben herrsche demgemäß auch gestern auf allen drei Punkten, von denen aus die Höhner-Schlitten-Abschritte in Sczepa gefeiert werden: auf Huber's Grenzbaude, auf der Peterbaude und auf dem Kynast. Die Grenzbauden-Partien sind längst bekannt und beliebt; aber auch die beiden andern haben ihre großen Vorzüge, die bei der Peterbauden-Partie hauptsächlich auf der Romantik des Weges und des Zielpunktes, bei der Kynast-Fahrt aber auf der Bequemlichkeit und der Kosten- und Zeiteinsparung beruhen. Zudem sorgt Burgwald Bischoff dafür, daß auf dem Kynast auch im Winter die Gemüthslichkeit nicht ausgeht, während in Hermendorf nicht nur Tieze, sondern auch G. Kü

Hörner-Schlittenfahrt Erforderliche, Schlitter, Pferde und Führer, schnell und pünktlich besorgt.

○ Trebnitz, 17. Februar. [Bur Tageschronik.] Der am 10. und 11. d. M. hier abgehaltene Krammarkt war von Käufern und Verkäufern so wenig besucht, wie noch nie. Der Viehmarkt dagegen bot einen äußerst lebhaften Verkehr dar. Es wurden viele Geschäfte gemacht, da bei der Kaufstube der zahlreichen Käufer, das reichhaltig aufgetriebene Vieh in fetten und mageren Sorten, zum schnellen Umschlag kam. Die Preise hielten sich bis zu Ende des Marktes hoch und fest. — Seit dem 1. Jan. c. wird ein Zuschlag von 5 p.Ct. zur Communal-Einkommensteuer von der hiesigen Kämmerer-Kasse monatlich erhoben. — Zur Errichtung eines Kindergartenes haben sich hierzu mehrere Familien vereinigt und sollen bereits Unterhandlungen mit einer tüchtigen Kindergärtnerin, die zugleich das Lehrerinnen-Cramen abgelegt hat, angeknüpft sein. Wie verlautet, soll diese für hier überaus nothwendige Einrichtung schon mit dem Monat Mai d. J. sich verwirklichen.

— r. Namslau, 17. Februar. [Aufgefunden Skelette. — Regierungsscheidung.] Beim Graben des Gründes zu den Neubauten des Herrn Kaufmann Faltin und Zimmermeister Kusche junior, unmittelbar am polnischen Thore und rechts an der nach Brieg und Cregburg führenden Chaussee, ist man in geringer Tiefe auf eine Menge Menschenköpfe und andere menschliche Gebeine gestoßen. Die gedachten Bauplätze befinden sich auf einem frischeren, aus der Zeit, wo Namslau bestiegt war, noch herührenden, aufgeschütteten und meistens aus Leitboden bestehenden Schanzenwerke. Da an dieser Stelle niemals ein Kirchhof existirt hat, die Skelette auch ohne jede Ordnung durcheinander lagen, so muss trock des frischen Aussehens der sämmtlich noch mit Zahnen versehenen Schädel doch angenommen werden, dass diese Gebeine bereits eine sehr geraume Zeit, wenn nicht etwa gar aus der Zeit, (1632 bis 1635) wo Namslau abwechselnd von schwedischen und kaiserlichen Truppen belagert wurde, herrühren. Die Gebeine sind gesammelt und anderweitig eingescharrt worden. — In Folge mehrfacher Mittheilungen in dieser Zeitung, die bissigen Ordensschwestern aus der Congregation der Franziskanessen zu Salzkotten betreffend, haben auf Aufforderung des königl. Regierung zu Breslau in der letzteren Zeit mehrfache Vernehmungen der Oberin des hiesigen Ordensstifts über die Zwecke, Verbindungen und Regeln ihres Ordens stattgefunden. Auf Grund dieser Vernehmungen hat die königl. Regierung entschieden, dass die bissigen Ordensschwestern auch noch seinerzeit den sich meldenden Schülerinnen Industrie-Unterricht gegen Bezahlung ertheilen dürfen. Wenn dagegen (siehe Nr. 515 d. Bzg. v. vor.) den Krankenschwestern zu Neunkirchen durch die betreffende Regierung die Errichtung einer Mädchens- und Stridtschule darum versagt worden ist, weil auch die Unterweisung in weiblichen Handarbeiten in die Kategorie der Unterrichts-Ertheilung gehört, so muss die bissigen abweichende Entscheidung der diesseitigen Regierung unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse um so mehr überraschen, als hier ein Fehler, der die Sachlage genau kennt, in dem fraglichen Institute der Ordensschwestern weiter nichts erblieb, als eine vom derzeitigen katholischen Pfarrer in das Leben gerufene, unter seiner infallibilistischen Leitung stehende, mit römischen Gelde unterstützt und lediglich römischen Zwecken dienende Anstalt für Professorenmacherei. Unter den obwaltenden Umständen mögen daher die Eltern evangelischer Confessor vor diesem Institute mit seinem klar zu Tage liegenden Ziel gewarnt sein, ihre Kinder denselben fernherin nicht mehr anvertrauen und durch ihre monatlichen Schulbeiträge in Zukunft nicht mehr eine Sache unterstützen, die ihre Spize doch nur gegen den Protestantismus richtet; Aufgabe unseres evangelischen Selbstopfers aber möge es sein, diejenigen Eltern, welche ihre Kinder an dem Industrie-Unterricht der Ordensschwestern noch teilnehmen lassen, auf die Gefahr aufmerksam zu machen, denen sie das protestantische Gewissen ihrer Kinder aussehen.

○ Myslowitz, 13. Februar. [Schule.] Spät aber doch! Heut erst haben unsere Herren Stadtverordneten die den Lehrern nach der Verf. gung der königl. Regierung zustehende Gehaltsaufbesserung bewilligt. Unter den drei Herren, die gegen die Vorlage gestimmt, befindet sich leider einer, der auswärts einen Lehrer zum Schweigehohn hat. Das Maximum beträgt 250 Thlr.; die Zulagen von 5 zu 5 Jahren 62½ Thlr. An Wohnungsmiete und Belehrungsentschädigung erhält jeder Lehrer 25 p.Ct. von dem Gehalte. — Wegen Überfüllung der zwei untersten Klassen der katholischen Schule, von denen die eine 151 Knaben, die andere 178 Mädchen zählt, wird das Lehrpersonal vom 1. April c. ab um zwei Kräfte vermehrt werden. Die Verf. von zwei Industrielerinnerinnen für die katholische und jüdische Stadtschule steht ebenfalls an Ostern d. J. bevor, da den bissigen barthozigen Schwestern, welche diesen Unterricht seit fünf Jahren eröffnet, von Seiten des Magistrats gefördert worden ist.

○ Natisvor, 17. Februar. [Bur Tageschronik.] Heute früh wurde das schöne Garten-Etablissement „Tivoli“ vollständig durch Feuer zerstört. Die Ursache des Brandes wird kaum ermittelt werden, da kein Mensch, die Totalitäten, welche aus einer Theaterbühne, einem Saal und Räumungen-Zimmer bestanden, bemohnt hat. — Die katholische Casino-Gesellschaft, sowie der Bürgerverein haben hierdurch ihre Vereins-Totalitäten verloren. — In der letzten Stadtverordneten-Versammlung ist leider ein Antrag des Magistrats, wegen eventueller Erbauung von Casernen, zur Unterbringung des hier garnisonirenden Militärs, abgelehnt worden, es ist dies um so mehr zu bedauern, da der Commune die Erbauung derselben, keine großen Opfer gekostet hätte, indem die Zinsen und Amortisation des Baukapitals, durch den Königlichen Service und den Zuschuss gedeckt würden, welchen die Commune bisher an die Quartiergeber geahnt hat. Auch ein zweiter Antrag, die Anlage einer neuen Straße, durch den Grotzenfelschen Garten, ist nicht angenommen worden, obgleich diese Straße im Restabonnement - Plane projicirt ist. Wir hoffen, dass der Magistrat diese beiden Anträge nicht fallen lassen wird. — Zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten ist hier das älteste Mitglied des Magistrats, Herr Vyrko, zu dessen Stellvertreter der Herr Commerzienrat Doms, gewählt worden. — Die geselligen Vergnügungen sind hier in vollem Flor, nur in der Ressourcen-Gesellschaft will es nicht heiter werden. — Das letzte Tanzkränzchen war äußerst spärlich besucht. — Die Ursachen der Theilnahmlosigkeit sind mannigfacher Art, dürften jedoch zu beheben sein.

Herrnsdorf, 12. Februar. [Vorschuss-Berein.] Am 9. d. M. fand die ordentliche General-Versammlung des hiesigen Vorschuss-Bereins statt. Die Jahresrechnung pro 1872 weist folgende Zahlen nach: Die Zahl der Mitglieder betrug am Jahreschluss 506. Im Laufe des Jahres 1872 sind neu angetreten 50 Mitglieder. Die gesamte Einnahme belief sich auf 227,473 Thlr. Die Gesamt-Ausgabe auf 225,682 Thlr. Der Reservefonds wies nach 1052 Thlr. Das Mitgliedervermögen bestand aus 12,434 Thlr. Spareinlagen wurden 25,901 Thlr. gemacht, ausgezahlt wurden 20,179 Thlr. Die im Jahre 1872 ausgeliehenen Vorschüsse betragen 196,208 Thlr., zurückgezahlt wurden 190,710 Thlr. In Zinsen hierfür wurden 3612 Thlr. eingenommen. Der Reingewinn betrug 1366 Thlr. Die Höhe des Letzteren gestattete eine Dividende von 10%. Außerdem wurden 10% vom Reingewinn dem Reservefonds zugeschrieben. Der Rest wurde zu Remunerations und gemeinnützigen Zwecken verwendet. Beispielsweise wurden für die Lehrlings-Fortbildungsschule 20 Thlr. bewilligt. Die Belehrung von Hypotheken wurde zur Sprache gebracht und soll darüber in einer anderen General-Versammlung beschlossen werden. Der Zinsfuß ist seit dem 1. d. M. auf 6% ermäßigt worden. Drei ausscheidende Mitglieder aus dem Verwaltungsrath wurden wiedergewählt.

— oh — Oppeln, 13. Februar. [Consumentverein.] Vor ungefähr 9 Monaten hat sich hier ein Consumentverein gebildet, welcher unter Adoption der Statuten des Breslauer Vereins, den Zweck verfolgt, seinen Mitgliedern gute Konsumtibilien zu möglichst billigen Preisen und für die eingelagerten Geschäftseinheiten einen entsprechenden Zinsengenuß zu verschaffen. Bei der Gründung selbst musste vorerst auf die Größnung eines eigenen Waarenlagers, das bedeutende Geldmittel ertheilt, verzichtet und dafür die Entnahme der Waaren bei den hiesigen Kaufleuten gegen Vereinsmarken unter Gewährung von Rabatt ins Auge gefasst werden. Anfangs zumeist aus den Kreisen der Beamten zusammengesetzt, ist es dem jungen Verein doch gelungen, seine Mitgliederzahl in der kurzen Zeit seines Bestehens zu verdreifachen und die Belehrung seitens des Bürgerstandes ist im Wachsen. Zur Lieferung von Waaren in der angegebenen Weise haben sich bis jetzt 22 Firmen bereit gefunden, welche sich dadurch eine beträchtliche Zahl sichtbarer Käufer zuführten, des lästigen Creditorens überdröhnen blieben und für diese Vorteile gern einen Rabatt bewilligten, der sich bei einzelnen bis zu 16 p.Ct. beläuft. Der Verein, dessen Vorstand und Verwaltungsrath sich bisher in uneigennütziger Weise der Geschäftsführung unentgeltlich und mit Hintanzsetzung jeder persönlichen Rücksicht unterzog, hat inmittelst geschlossen, sich unter das Genossenschaftsgesetz zu stellen, eine Maßregel, die nur zu seiner Kräftigung und Fortentwicklung beitragen kann und ihm unzweifelhaft ein grüblerisches Mitglieder-Contingent zuführen wird. Aus dem vorliegenden Geschäftsbuch für 1872 entnehmen wir, daß aus dem gewonnenen Rabatt den Mitgliedern nach Maßgabe ihrer Geschäftseinlagen

und ihres Marken-Bezuges eine Dividende von 5 p.Ct. gewährt worden ist, was um so höher anzuschlagen, als gerade in dem ersten Geschäftsjahr die Einnahmen bei jedem Unternehmen einen Theil des Reingewinnes absorbieren. Die bezogene Dividende ist schon für dieses erste Geschäftsjahr höher, als sie sonst von den Kaufleuten in Form von Neujahrs-Rabatten gewährt wird; für die Folgezeit wird sie sich unzweifelhaft noch steigern, und wir glauben deshalb, wenn sich erst die Belehrung noch rege gestaltet, eine günstige Zukunft der Genossenschaft prognostizieren zu können.

○ Nosenberg O.S., 17. Febr. [Der hiesige Vorschuss-Berein] eingetragene Genossenschaft, momentan 303 Mitglieder zählend, hielt gestern unter ziemlich starker Belehrung, seine diesjährige ordentliche General-Versammlung ab. Nachdem der Vorsitzende, Kaufmann Herzfeld, das fünfjährige Bestehen des Vereins zu einem eingebend geschilderten Rückblick auf die Geschäftsentwicklung seit der Gründung bis auf heutigen Tag bezeugt, wurde die Tagesordnung, wenn auch oft nicht ohne lebhafte Debatte, doch in allen ihren Positionen in befriedigender Weise erledigt. Der vorliegende Jahresabschluß pro 1872 wies einen Totalumsatz von über 160,000 Thaler nach und stellte sich das Verhältniß des eigenen Vermögens des Vereins (Stammtheile) zum fremden Kapital (Spareinlagen und Darlehen) wie 12 zu 19 heraus. Der Reservefond gewann durch beschlossene Einnahme aus dem Reingewinn, — 93 Thlr. und wurde die Dividende pro 1872 auf 7½% festgesetzt. Der bisherige Vorstand wie auch der Controleur, durch Acclamation wiedergewählt, was auch bei den bisherigen sechs Beisitzern eingetreten wäre, wenn nicht die Hälfte von ihnen die Annahme ihrer Wiederwahl ausdrücklich verweigerten. Die Wahl der Beisitzer erfolgte daher durch Stimmzettel und es gingen aus denselben hervor: die Herren Rechtsanwalt Steinb., Kaufmann Schleisinger und Oberamtmann Lüderia als Wiedergewählte und die Herren Pastor Polko, Kaufmann Richter und Farbereibesitzer Basset als Neuwählt.

(Notizen aus der Provinz.) * Muskau. Wie der „Anz.“ berichtet, ist die in Weißwasser neuerrichtete Glashütte der Herren Zwahr, Neubauer u. Comp. aus Görlitz am 10. d. M. in Betrieb gesetzt und das erste Lafenglas fabrikiert worden. Die Anlage verspricht sehr umfangreich zu werden. — Aus Görlitz wird von einem traurigen Ereignis berichtet, das leider auch diesmal in der schon so oft gerühten Unbeschuldigkeit mit Schußwaffen seinen Grund hat. Die Frau des Botchermeisters Unger jr. hatte sich in der im freien Felde gelegenen Scheune zu schaffen gemacht, wobei ihr Dienstmädchen hilfreiche Hand leistete. Ein in der selben vorgefundenes Gewehr erreichte die Neugier der ersten, und nicht ahnend, daß dasselbe geladen, legt sie auf die Dienstmagd an. In dem Augenblide geht jedoch das Gewehr los und das Mädchen fällt zum Tode getroffen nieder. Die eingeleitete Untersuchung dürfte das Näherte ergeben.

+ Görlitz. Am 17. d. M. kam, wie die „Ndr. 3.“ berichtet, mit dem Wiener Schnellzuge Prinz Albrecht von Preußen f. hoh., welcher bei der Verdigung der verstorbenen Kaiserin Carolina Augusta in Wien das königliche Haus vertreten hat, hier an und setzte auf der Berlin-Görlitzer Eisenbahn die Reise nach Berlin fort. — Bei der hiesigen Realschule ist diesmal das Abiturient-Cramen ausgefallen, da dem einzigen Abiturienten auf Grund seiner in der Schule bewährten guten Qualification das Examen ganz erlassen wurde. Bei dem Gymnasium fand die Abiturienten-Prüfung unter Vorw. des königl. Schulrats Herrn Scheider aus Breslau statt. Zwei Primanera wurde die mündliche Prüfung erlassen. Von den übrigen fünf Abiturienten erhielten vier das Zeugnis der Reife.

○ Liegnitz. Am Montag wurde Herr Gerichts-Assessor Gustav Staude in Schröda zum Syndicus von Liegnitz gewählt.

○ Jauer. Der „Ndr. 3.“ wird von hier geschrieben: Dieser Tage begab sich die Vorsteherin des hiesigen Mädchen-Instituts, Fräulein G., mit etwas sechs ihrer Zöglinge unterwegs den Volkenhainer Brücke auf die Neise, um Schlittschuh zu laufen. Da indeß die Eisdecke nicht stark genug war, brachen sämmtliche Damen durch, wurden jedoch durch herbeigeeilte Helfer glücklich gerettet, obgleich gerade an jener Stelle die Tiefe so bedeutend ist, daß eine Gefahr des Ertrinkens nicht zu den Unmöglichkeiten gehört.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Bromberg, 16. Februar. [Im hiesigen königlichen Seminar] ist durch einen Conflict der Böblinge mit einem Theile des Lehrercollegiums der bedauernswerte Fall eingetreten, daß die Böblinge der zweiten Klasse des Seminars erläutert, nicht mehr ferneren Unterricht nehmen zu können. Die fortwährenden Wechsel im Lehrerpersonal sollen im Grunde die Ursachen gewesen sein. Die näheren Mittheilungen entziehen sich der Offenheitlichkeit. (Ost. 3.)

○ Lissa, 14. Februar. [Bur Tageschronik.] Der Sergeant Jänsch, welcher den Tod durch Einschüssen von Kohlendusten erlitten, wurde heute mit allen militärischen Ehren begraben. Wie wir vernehmen, ist inzwischen leider auch sein Subgenosse gestorben; wahrscheinlich, es ist Zeit, daß die Dienstlappen befehligen werden! — Die städtischen Sparkassen in Lissa und Fraustadt veröffentlichen ihren Rechnungsbuch für Januar. Danach waren in Lissa am December 1872 Spareinlagen 124,144 Thlr. 7 Sgr. 8 Pf. Zugang pro Januar 11,217 Thlr. 26 Sgr. 10 Pf. Aus der Gesammissamme von 135,362 Thaler 4 Sgr. 6 Pf. sind im Januar 7813 Thlr. 13 Sgr. 2 Pf. zurückgezahlt worden und Einlagen verblieben 127,545 Thlr. 21 Sgr. 4 Pf. In Fraustadt betrug der Bestand am 1. Decembre 1872 39,200 Thlr. 1 Sgr. 2 Pf. Die neuen Einlagen im Januar 1441 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf. Aus dem Total von 40,641 Thlr. 17 Sgr. 5 Pf. sind in diesem Monat 1532 Thlr. 21 Sgr. 1 Pf. abgezogen worden und 39,108 Thlr. 26 Sgr. 4 Pf. im Bestand verblieben. — Der hiesige Vorschussverein (eingetragene Genossenschaft) hatte im Jahre 1872 eine Einnahme von 432,692 Thlr. 19 Sgr. 8 Pf. (darunter 174 Thlr. Reservesfond, 432,692 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. Guthaben, 317,407 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf. Vorräthe und 85,915 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf. Spareinlagen), dagegen eine Ausgabe von 417,005 Thlr. 9 Sgr. 1 Pf. (darunter 1234 Thlr. Guthaben, 338,978 Thlr. 10 Sgr. 11 Pf. gewährte Vorschüsse, 8082 Thlr. aufgenommene Darlehen, 65,142 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. Spareinlagen) und schloß mit einem Barbestande von 15,688 Thlr. 10 Sgr. 7 Pf. ab. Die Bilanz pro 1872 ergibt einen Reingewinn von 1848 Thlr. 15 Sgr. 3 Pf.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 18. 19.	Nachm. 2 u.	Abends. 10 u.	Morg. 6 u.
Aufdruck bei 0° ...	339°/10	339°/39	338°/98
Aufwärme ...	+ 0°/1	+ 0°/1	+ 0°/3
Dunstdruck ...	1°/82	1°/72	1°/85
Dunstättigung ...	91 p.Ct.	86 p.Ct.	90 p.Ct.
Wind ...	W. 3	W. 3	W. 2
Wetter ...	trübe.	trübe.	trübe.

Breslau, 19. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 11 B. U.-P. — J. 3 B. Gisstand.

Berlin, 18. Febr. Im Verkehr machte sich auf den meisten Gebieten eine Abschwächung bemerkbar, die sich auch auf einen Theil der in der letzten Zeit favorisierten Montanwerthe erstreckte. Dennoch kann hierin kein Gesamtumsturz der Stimmung erblieben werden, da der Verkaufssturm in erster Linie nur Realisationen zu Grunde lagen. Einigermaßen findet auch der herannahende Ultimo Verkaufssturz, und normierte sich der Reportaz auf 5%. Bis auf den Verkehr in Österreichischen Credititionen blieb das Geschäft in den Speculationswerthen sehr beschrankt. Im Allgemeinen war die Stimmung auf diesem Gebiete ansfangs matt, nachdem die Course aber herabgesetzt waren, entwickelte sich eine bessere Tendenz und die Notierungen schienen für Lombarden zum Anfangscourse, für Staatsbahnen und österreichische Credititionen noch darüber. Österreichische Bahnen blieben auch jede Bewegung und zeigten sich überhaupt eher matt. In auswärtigen Renten fanden nur ganz unmeßliche Transaktionen statt, die Stimmung behauptete sich aber durchgehend als f.s. Amerikaner etwas reger, aber im Course unverändert, Türkens fest bei ziemlichem Verkehr. Vor russischen Fonds nur A-Anteile gut begehrt, auch Bahnen ziemlich reger. Preußische und deutsche Fonds fest und unverändert. Prioritäten äußerst still. Auf den Eisenbahn-Aktionenmarkt herrscht große Geschäftsstille, die Course der rheinisch-westfälischen Debitien liegen etwas nach, doch blieb die Stimmung trotzdem fest zu nennen. Andere Bahn-Effekte hielten sich bei der Geringfügigkeit der Umsätze unentzündlich, nur Magdeburger-Halberstädter gingen unter Courserhöhung etwas lebhafter um. Schweizer Westbahn sehr gut begehrt, leichter als im Vorigen. — Golddag — Fest.

— Italien. 56,05 Aanteile de 1862 93. 5procentige Aanteile de 1872 99,05. Italienische 5prozentige Rente 65, 95. dfo. Labatz-Antien 862, 50. Französische (gekört) 766, 25. do. neue —. Österreich. Staats-Eisenbahn-Antien —. Oesterl. Nordwestb. —. Lombard. Eisenbahn-Antien 450, 00. dfo. Prioritäten 255, 50. Türkens de 1865 54, 60. do. de 1869 338, 00. Türkensloose 180, 50. Neueste türkische Rente —. 5procent. Ver. St. pr. 1882 (angelegt). — Golddag — Fest.

London, 18. Februar, 4 Uhr Nachmittags. Consols 32½%. Spanier —. — Italien 54, 59. Aanteile de 1871 88, 00. Aanteile de 1872 99, 05. Französische 5prozentige Rente 65, 95. dfo. Labatz-Antien 862, 50. Französische (gekört) 766, 25. do. neue —. Österreich. Staats-Eisenbahn-Antien —. Oesterl. Nordwestb. —. Lombard. Eisenbahn-Antien 450, 00. dfo. Prioritäten 255, 50. Türkens de 1865 54, 60. do. de 1869 338, 00. Türkensloose 180, 50. Neueste türkische Rente —. 5procent. Ver. St. pr. 1882 (angelegt). — Golddag — Fest.

Frankfurt a. M. 11 J. 17 Kr. Paris 25, 80. Petersburg 31%. Frankfurt a. M. 18. Februar, Nachmittags. Consols 32½%. Spanier —. — Italien 54, 59. Aanteile de 1871 88, 00. Aanteile de 1872 99, 05. Französische 5prozentige Rente 65, 95. dfo. Labatz-Antien 862, 50. Französische (gekört) 766, 25. do. neue —. Österreich. Staats-Eisenbahn-Antien —. Oesterl. Nordwestb. —. Lombard. Eisenbahn-Antien 450, 00. dfo. Prioritäten 255, 50. Türkens de 1865 54, 60. do. de 1869 338, 00. Türkensloose 180, 50. Neueste türkische Rente —. 5procent. Ver. St. pr. 1882 (angelegt). — Golddag — Fest.

Paris, 18 Februar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Renate 56, 05. Aanteile de 1871 88, 00. Aanteile de 1872 99, 05. Italienische 5prozentige Rente 65, 95. dfo. Labatz-Antien 862, 50. Französische (gekört) 766, 25. do. neue —. Österreich. Staats-Eisenbahn-Antien —. Oesterl. Nordwestb. —. Lombard. Eisenbahn-Antien 450, 00. dfo. Prioritäten 255, 50. Türkens de 1865 54, 60. do.

Fest, aber still. Braunau-Straßwalchener Stamm-Aktion 175%, bis Prioritäten 79%.

* pr. mediv. resp. pr. ultima.

Frankfurt a. M., 18. Februar, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95%. Creditactien 363%. 1860er Loose 97%. Staatsbahn —. Franzosen 353%. Galizier 245%. Lombarden 204%. Silberrente 67%. Papierrente —. Hahn'sche Effectenbank 135%. Deutsch-Osterr. Bank —. Provinzial —. Nordwestbahn —. Bank-aktion 1074%. Ungarische Anleihe beliebt 79%. Fest.

Hamburg, 18. Februar, Nachm. [Schluß-Course] Preuß. Thaler —. Hamburger Staats-Brämen-Aul. 100%. Silberrente 68%. Deutser-Credit-Akt. 311%. 1860er Loose 97%. Nordwest. 500. Franzosen 756%. Raab-Grazer Loose 85%. Lombarden 436. Italienische Rente 64%. Vereins-Bank 126%. Hahn'sche Effectenbank 133%. Commerzbank 128%. Nord. Bank 180. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 169. Anglo-deutsche Bank 119%. do. neue 113. Dänische Landesbank 102%. Dortmunder Union 180%. Wiener Unionsbank 229. 1864er Russische Brämen-Anleihe 126%. 1866er Russische Brämen-Anleihe 127%. Amerikanische do. 1882 91%. Disconto 3% p.Ct. Laurahütte 255%. — Schwankend.

Wechselnotierungen: London lang 20, 11 Br., 20, 05 Gd., London kurz 20, 30 Br., 20, 24 Gd., Amsterdam 168, 90 Br., 168, 30 Gd., Wien 181, 80 Br., 180, 80 Gd., Paris 78, 70 Br., 78, 30 Gd., Petersburg 271 Br., 269 Gd.

Hamburg, 18. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco und auf Terme still. Weizen pr. Februar 126psd. pr. 1000 Kilo netto 250 Br., 248 Gd., pr. Februar-März 126psd. pr. 1000 Kilo netto 249 Br., 247 Gd., pr. April-Mai 126psd. pr. 1000 Kilo netto 246 Br. und Gd. — Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 158 Br., 157 Gd., pr. Februar-März 1000 Kilo netto 158 Br., 157 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo 157 Br., 156 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 157 Br., 156 Gd. — Hafer und Gerste still, Rübbel behauptet, pr. Mai 23% Ml. Bco., pr. October pr. 200 Pfd. 72% Reichsmar. — Spiritus still, pr. 100 Liter 100 p.Ct. pr. Februar u. pr. Februar-März 44%, pr. April-Mai 45%. — Kasse ruhig und abwartend; geringer Umsatz. — Petroleum behauptet, Standard white loco 17% Br., 17% Gd. Reichsmar., pr. Febr. 17% Gd. Reichsmar., pr. August-December 18% Gd. Reichsmar. — Wetter: troh.

Hamburg, 18. Febr., 8 Uhr 30 Min. [Abendbörs'e] Credit-Action 311. 1860er Loose —. Franzosen 757, 50. Lombarden 436. Italiener —. Nordwestbahn 501. Anglo-Deutsche Bank 119, 75. Amerikaner 191%. Silberrente 67%. Rheinischer —. Cöln-Mindener —. Laura 255, 50. Commerzbank —. Dortmund 181. Fest. Creditactien lebhaft.

Liverpool, 18. Februar, Vormittags. [Baumwolle] (Ausgangsbericht.) Muskatäpflicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Lages-Import 25,000 Ballen, davon 13,000 Ballen amerikanische, 3000 B. östliche.

Liverpool, 18. Febr., Nachm. [Baumwolle] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert.

Middl. Orleans 10%, middl. amerikanische 9%, fair Dholera 6%, middl. fair Dholera 6%, good middl. Dholera 6, middl. Dholera 5, fair Bengal 5%, fair Broach —, new fair Doma 7%, good fair Doma 7%, fair Madras —, fair Pernam 10%, fair Smyrna 8, fair Egyptian 10%.

Manchester, 18. Februar, Nachm. 12r Water Armitage 10, 12r Water Taylor 12, 20r Water Midolls 13%, 30r Water Gidlow 14%, 30r Water Clayton 16, 40r Mule Mayoll 14%, 40r Medio Willinton 16, 30r Warwicks Qualität Rowland 15%, 40r Double Weston 16, 60r Double Weston 19, Printers 16%, 16%, 8% pfd. 135. — Mehr Geschäft, Preise anziehend.

Petersburg, 18. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course] Wechselcours auf London 3 Monat 32%, do. auf Hamburg 3 Monat 276%, do. auf Amsterdam 3 Monat 164%, do. auf Paris 3 Monat 348%, 1864er Brämen-Anleihe (gestellt) 152%, 1866er Prämien-Anleihe (gestellt) 154%. Imperials 6, 01%, Große Russische Eisenbahn 138%, Intern. B. I. Em. —, do. II. Em. —.

Petersburg, 18. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt] Talg loco 49, pr. August 50. Weizen pr. Mai 14%. Roggen pr. Mai 7, 50. Hafer pr. Mai-Juni 4, 00. Hanf pr. Juni —. Leinsaat (9蒲d) pr. Mai 13%. — Wetter: Thauwetter.

Königsberg, 18. Febr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen matt, Roggen unverändert, loco 121/122psd. 2000 Pfd. Zollgew. 48%, pr. Februar 48, pr. Frühjahr 49%, pr. Mai-Juni 49% Thlr. Gerste gefragt. Hafer ruhig, loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. 38%, pr. Frühjahr 40, pr. Mai-Juni 40 Thlr. Weisse Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 44% Thlr. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 18%, pr. Frühjahr 18% Thlr., pr. Juli-August 19% Thlr. — Wetter: Schön.

Danzig, 18. Februar, Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen geschäftlos, bunter pro 2000 Pfd. Zollgew. 80—81, hellbunter 82—83, hochbunter u. glasig 85—86, 126psd. per Febr. 82%, per April-Mai 83 Thlr. Roggen still, 120 pfd. loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht inländischer 52, 120psd. pr. Februar 48, pr. April-Mai 51% Thlr. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 47, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 47—54 Thlr. Weisse Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 43—44, do. Futter-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 42 Thlr. — Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 40 Thlr. — Spiritus 100 Liter 100 p.Ct. loco 17% Thlr. — Wetter: Naßkalt.

Königsberg, 18. Februar, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen behauptet, bissiger loco 8, 15, freimber loco 8, 7%, pr. März 8, 10, pr. Mai 8, 8%, pr. Juli 8, 7%, pr. Novbr. 7, 21. — Roggen fest, loco 5, 15, pr. März 5, 4, pr. Mai 5, 7%, pr. Juli 5, 9, pr. November 5, 10. Rübbel fest, loco 12%, pr. Mai 12%, pr. October 12%. — Wetter: Schön.

Paris 18. Febr., Nachmittags. [Productenmarkt] Rübbel weichend, pr. Februar 95, 25, pr. März-April 94, 00, pr. Mai-August 95, 00. Mehl ruhig, pr. Febr. 70, 00, pr. März-April 70, 25, pr. Mai-Juni 70, 50. — Spiritus pr. Februar 53, 00. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 18. Februar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen stetig, französischer 18%. Hafer fest. Gerste behauptet, Tazanrog 18%.

Antwerpen, 18. Februar, [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinates Type weiß, loco und pr. Februar 45% bez., 46 Br., pr. März 45 Br., pr. Sept. 46 bez., 46% Br., pr. Sept.-Decr. 47% Br. — Steigend.

Amsterdam, 18. Februar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. Mai 355, pr. October 346. Roggen pr. März 182, pr. Mai 187%, pr. Octbr. 192%.

Breslau, 19. Febr., 9% Uhr Vorm. Am heutigen Markttag war der Geschäftsbetrieb sehr schleppend, bei unveränderten Preisen, die Zufuhren waren nur mäßig.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 6% bis 8% Thlr., gelber 6%—8% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen wenig verändert, pr. 100 Kilogr. 5%—6 Thlr., feinste Sorte 6% Thlr. bezahlt.

Gerste preishaltend, pr. 100 Kilogr. 4%—5% Thlr., weiße 5% bis 5% Thlr.

Hafer fester, pr. 100 Kilogr. 4% bis 4% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 4%—5% Thlr.

Widen ohne Umsatz, pr. 100 Kilogr. 4%—4% Thlr.

Lupinen gut beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 2%—3% Thlr., blaue 2% bis 3% Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesische 5%—6 Thlr.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5—5% Thlr.

Delfaaten matter.

Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlaglein da 8 — 8 15 — 9 —

Winter-Naps 9 17 6 9 25 — 9 25 —

Winter-Rüben 8 17 6 8 25 — 9 7 6

Sommer-Rüben 8 15 — 8 22 6 9 7 6

Leinöderter 7 — 7 25 — 8 10 —

Rapskuchen mehr beachtet, schlesische 70—73 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinölchen offeriert, schlesische 88—90 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat in matter Haltung, rothe 13—16% Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 14—18—20% Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3%—4 Sgr.

[Ein Pariser Gewehr-Fabrikant] annoncirt sein Geschäft wie folgt: Zum Siegeszug! Große Auswahl von privilegierten Revolvern. Dieselben liegen in eleganten Kistchen, welche zugleich die nötigen Apparate zum Herausziehen der Kugel und zum Anlegen eines Notverbandes enthalten."

[Ein versunkenes Café chantant.] Ein Telegramm aus Smyrna meldet: Am Sonntag hat sich ein auf Pilaten gebautes Café chantant am Meerbusen plötzlich gesenkt, hundert Personen sind ertrunken.

Versailles, 18. Februar. Der Bericht des Herzogs von Broglie ist gestern dem Präsidenten der Republik mitgetheilt worden. Die Dreißiger-Commission wird über denselben weiter beschließen, sobald die Bemerkungen des Präsidenten zu demselben, welche baldigst erwartet werden, ihr kund geworden sind.

Versailles, 18. Februar. Abends. Dreißiger-Commission. Fallon entwickelt sein Amendement, wonach die National-Versammlung vor ihrer Auflösung über die Organisation der Executive-Gewalt verfügen soll. Die Commission beantragte die Einleitung einer Untersuchung wegen des jüngsten beleidigenden Briefes gegen Thiers, dessen Urheberschaft Mitgliedern der Commission zugeschrieben wird. Morgen findet eine Zusammenkunft Thiers und der Commission zum Austausch der Meinungen über den Bericht Broglies statt, über welchen Thiers sich vor der Berathung des Ministerconseil nicht äußern wollte.

Rom, 18. Februar. Ein heute hier erlassenes Sendschreiben des Papstes an die Bischöfe und das Volk von Armenien weist die gegen den heiligen Stuhl erhobenen Beschuldigungen der Annahme ihm nicht zustehender Rechte zurück, fordert die armenischen Katholiken zum äußersten Kampfe für ihre Religion auf und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Dissidenten in den Schoos der Kirche zurückkehren werden.

Madrid, 18. Februar. Der Minister des Auswärtigen, Castellar, hat gestern dem französischen Gesandten einen längeren Besuch abgestattet: das Ergebnis der dabei gefrogenen Unterredung wird in Regierungskreisen als ein sehr befriedigendes bezeichnet. Hier in Madrid sowohl wie in den Provinzen herrscht fortwährende Ruhe; die bei unruhigen Bewegungen sonst gewöhnlich bemerkbare Abreise von Familien und einzelnen Personen nach dem Auslande ist nicht wahrzunehmen. Die Ernennung des General Paiva zum Höchstcommandirenden der Nordarmee hat einen günstigen Eindruck gemacht und es steht, wie aus einzelnen karlistischen Kreisen verlautet, auch in diesen Entscheidungen bevor, welche einen durchaus friedlichen Charakter tragen. Die Verbindung mit Frankreich durch Wiederherstellung der Nordbahn hofft man bis morgen bewerkstelligen zu können. Auch aus Cuba liegen sehr günstige Nachrichten vor.

London, 17. Febr. Der Earl von Carnarvon brachte im Oberhause die mißliche Lage zur Sprache, in der sich, nach einer Eingabe des Vicars von Navton, eine Anzahl Auswandererfamilien in Canada und Brasilien befinden. Lord Granville erwiederte, die Eingabe sei der englischen Gesandtschaft in Rio zugestellt worden, um Erhebungen vorzunehmen, und, wenn die Sache sich in der angegebenen Weise verhalte, die Regierung von Brasilien zur Abhilfe der Nöbelstände zu veranlassen.

London, 18. Febr. Nach dem gestern Abend von den Herren Jenner, Gull und Weber ausgegebenen Bulletin leidet der deutsche Botschafter, Graf Bernstorff, an einem durch ein Leberleiden herbeigeführten Hydrocephalus. Die Kräfte des Kranken sind trotz andauernder Schlaftlosigkeit zwar noch ziemlich ungeschwächt; nach dem Charakter der Krankheit ist jedoch eine rasche Besserung des Zustandes nicht zu erwarten.

London, 18. Febr. Die Eigenhölzer des Dampfers „Murtillo“ werden, dem Vernehmen nach, eine Diffamationsklage gegen den Agenten von Lloyd's in Cadiz erheben und eine Entschädigung von 50,000 Frs. verlangen. — Nach einer der „Times“ aus Japan zu gegangenen Nachricht ist die Errichtung des japanischen Parlaments jetzt definitiv beschlossen; in die erste Kammer werden nur Personen vom höchsten Range eintreten. Eine Zuschrift des hiesigen verantwortlichen Geschäftsträgers an die Journale bezeichnet die Nachricht von der Ermordung des Präsidenten Pardo als völlig unbegründet, die Ruhe in Lima sei durchaus ungefährdet.

Christiana, 17. Februar, Abends. Nach langen Debatten hat das Storting mit 66 gegen 42 Stimmen folgende von Molfeldt mit Zustimmung Sandrup's formulirte Tagesordnung angenommen: Das Storting, welches trotz der Erklärung des Staatsrats die politische Lage, durch welche die vorsjährige Missbrauchsrede hervorgerufen worden ist, im Wesentlichen unverändert findet, geht zur Tagesordnung über.

Bukarest, 18. Februar. Die Deputirtenkammer hat das Ergänzungsbudget für das Kriegsministerium genehmigt und dabei auch die Mittel für Herstellung einer auf der Donau zu stationirenden Kriegsschiffsluppe bewilligt, durch welche dem Schmuggelhandel, durch den auch das Tabakmonopol gefährdet wird, gesteuert werden soll.

Philadelphia, 17. Februar. Die zur Untersuchung der Vorgänge bei der Wahl Caldwell's zum Senator für Kansas niedergesetzte Commission hat heute ihren Bericht erlassen und die Nichtgleitersklärung der Wahl wegen Bestechung beantragt.

* [Die Nr. 7 der „Gegenwart“] von Paul Lindau, Verlag von Georg Stille in Berlin, enthält: Feldmarschall, Geheimer Rath und Botschaftsvertreter. Von Ernst Fröhlich. — Die „Gebildeten“ und die Kirche. Von Dr. L. — Wunderfahrt und Wallfahrtswuh im neuen Frankreich. Von Carus Sterne. — Literatur und Kunst: Alexander von Humboldt. Von Dr. Dühring. — Römische Volksdichtung. Von Gustav Flöerke. — Aus der Hauptstadt: Das Wagner-Concert. Von H. Ehrlisch. — Berliner Humor und Berliner Redensarten. Von M. v. Szeliski. — Offene Briefe und Antworten, Herrn Bone, Gymnasialdirektor, Kritiker und dergl. Von P. L. — Offener Brief, betreffend Schlachtenbilder. Von P.

Statt besonderer Meldung. Heute Mittag 12% Uhr entschließt nach langen Leiden an Lungenlähmung unsere heißegekühlte, unvergessliche Gattin und Mutter, Tochter und Schwester, Frau Kreisrichter Lindner, Johanna geb. Spohrman.

Dies zeigen wir schmerzerfüllt und tiefgebeugt hierdurch an.

Reichenbach i. Sch. und Volkenhain, den 18. Februar 1873.

[842] Die Hinterbliebenen.

Auf unserem Kaffebrennerei-Etablissement zu Keltisch, Station der Rechten-Oder-Ufer-Bahn, haben wir alle Tage frischen Stück-Kaff abzugeben und übernimmt Bestellungen unser Bevollmächtigte Herr M. Odolga zu Sawadzki.

Oppeln-Tarnowiger Kaff-Gesellschaft.

Durch einen Gelegenheitskauf habe ich eine bedeutende Partie Cigarren billig erworben, und um dieselben wieder schnell in's Geld zu setzen, verkaufe ich Havanna-Cigarren à Mille 13, 15, 16, 18, 20 und 25 Thlr., welche durchschnittlich 30 p.Ct. mehr Wert haben. Alte Handarbeit-Cigarren werden wegen ihres schlechten Aussehens zum ½-Kostenpreise à Mille 8, 10, 12 und 13 Thlr. abgegeben.

A. Gonschior, Weidenstr. 22.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Gräf, Barth v. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Berliner Börse vom 18. Februar 1873.

Wechsel-Course.			